UNTERHALTSREGLEMENT DER FLURGENOSSENSCHAFT INS-GAMPELEN-GALS

UNTERHALTSREGLEMENT DER FLURGENOSSENSCHAFT INS-GAMPELEN-GALS

Gemeinden: Ins, Gampelen, Gals

I. Allgemeines

Unterhaltspflicht

Art. 1

- 1) Die Genossenschaft ist gemäss Art. 66 des kantonalen Meliorationsgesetzes vom 13. November 1978 (MelG) verpflichtet, ihre gemeinsamen Anlagen sachgemäss zu unterhalten.
- 2) Die in den geltenden, vom Regierungsrat genehmigten Unterhalts-Perimeterplänen beigezogenen Grundstücke sind für den Unterhalt der gemeinsamen Bodenverbesserungsanlagen beitragspflichtig.
- 3) Für einzelne Landgebiete oder Anlagen kann der Vorstand besondere Unterhaltsregelungen mit den betreffenden Grundeigentümern oder Bewirtschaftern vereinbaren (z.B. Staatsbetriebe).

Art. 2

Umfang der Unterhaltspflicht, gemeinsame Anlagen

1) Die der Unterhaltspflicht unterworfenen genossenschaftseigenen Anlagen sind dargestellt in den folgenden Plänen:

- 1: 10'000 Wasserbauplan
- 1: 5'000 Übersichtsplan Ins
- 1: 5'000 Übersichtspläne Gampelen und Gals
- 1: 1'000 Ausführungspläne Ins
- 1: 1'000 Ausführungspläne Gampelen
- 1: 1'000 Ausführungspläne Gals

2) Diese Pläne sind Bestandteile des vorliegenden Reglementes. Kopien des Reglementes und der Pläne sind beim kantonalen Meliorationsamt und den Gemeindeschreibereien Ins, Gampelen und Gals zu deponieren.

3) Bei den genossenschaftseigenen Anlagen handelt es sich um:

- Drainagekanäle
- Pumpwerke
- Stauwehre (inkl. Wehre in den Vorflutern)
- Hauptleitungen
- Stauschächte und Schächte
- Detailtrainagen
- Brücken und Stege

II. Organisation

Oberaufsicht

Art. 3

Das Meliorationsamt überwacht den Unterhalt und die Benutzung der Anlagen (Art. 66 Abs. 3 MelG).

Vorstand

Art. 4

- 1) Der Vorstand veranlasst und überwacht den Unterhalt und die Benutzung der Genossenschaftsanlagen gestützt auf das vorliegende Reglement.
- 2) Er hat dem Meliorationsamt in den Jahren 1985, 1990, 1995 (d.h. alle fünf Jahre) einen schriftlichen Bericht über den Zustand der Anlagen und den Stand des Unterhaltstronds abzugeben.

Art. 5

Der Schätzungskommission obliegen die im Zusammenhang mit dem Unterhalt und allfälligen Rekonstruktionsen bzw. Neuanlagen notwendigen Schätzungen und die Einsprachebehandlung gemäss Art. 34 MelD.

Art. 6

- 1) Die Genossenschaftsversammlung wählt einen Anlagewächter (eine Unterhaltungsgruppe), welcher sachgemäss den ordentlichen Unterhalt ausführt.
- 2) Der Vorstand regelt die entsprechenden Anstellungsbedingungen mit schriftlichem Dienstvertrag. Bestandteil des Vertrages ist ein Pflichtenheft.
- 3) Der Anlagewächter setzt den Vorstand über grössere Schäden sofort in Kenntnis.
- 4) Die Genossenschaftsversammlung wählt einen Stellvertreter für den Anlagewächter, der diesen vollwertig vertritt.

III. Pflichten der GenossenschafterArt. 7

Die Genossenschafter sind gemäss Art. 66 Abs. 2 MelG verpflichtet, im Rahmen des Unterhaltsverteilers die erforderlichen Unterhaltsbeiträge zu leisten (siehe Art. 12 und 13 des vorliegenden Reglementes).

Art. 8

Die Genossenschafter verpflichten sich, alles zu unterlassen, was zu einer Schädigung der gemeinsamen Anlagen führen könnte und alles zu tun, was deren Unterhalt und Benutzung erleichtert. Insbesondere sind sie gehalten:

- a) den Vorstand oder den Anlagewächter sofort zu benachrichtigen, wenn Schäden festgestellt werden;
- b) bei der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung ihrer Grundstücke die gemeinsamen Anlagen zu schonen und deren Betriebssicherheit nicht zu gefährden;
- c) bei Grabarbeiten in unmittelbarer Nähe von Rohrleitungen und Wegen den Vorstand vor Beginn der Arbeiten rechtzeitig zu informieren;
- d) das Pflanzen von Bäumen und anderen tiefwurzelnden Gewächsen in einer geringeren Entfernung als 7 Meter von den Drainageleitungen zu unterlassen;
- e) den Mitgliedern der Genossenschaftsorgane und dem Anlagewächter den Zutritt zu den Anlagen zu Kontroll- und Reinigungsarbeiten zu gestatten;
- f) die vorübergehende Inanspruchnahme ihrer Grundstücke bei Instandstellungs- und Ergänzungsarbeiten unentgeltlich zu dulden; entstehen dadurch grössere Schäden, so kann der Vorstand im Rahmen seiner Kompetenz (siehe Art. 14 des Reglementes) eine angemessene Entschädigung beschliessen. Im Zweifelsfalle ist die Schätzungskommission beizuzuziehen.

IV. Benützung der AnlagenArt. 9

Ein Benützungsanspruch besteht nur im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Anlage; neue Benutzer sind nur zugelassen, soweit die Anlage nicht bereits ausgelastet ist (Art. 27a MelD).

Art. 10

- 1) Bei einer erheblichen nichtlandwirtschaftlichen Benützung der Anlagen, die aussergewöhnliche Unterhaltsaufwendungen verursachen könnte, kann der Vorstand Bestimmungen erlassen, die über den Unterhaltskostenverteilung hinausgehen.
- 2) Kann diese Benützung zugelassen werden, so ist der Benützungsgrad und die Unterhaltsbeteiligung mit dem Vorstand vertraglich zu regeln.

- 3) Dieser Vertrag ist der Hauptversammlung zu unterbreiten; er unterliegt der Genehmigung durch das Meliorationsamt.

Art. 11

- 1) Die Einteilung von Meliorationswasser in die Entwässerungsanlagen der Genossenschaft unterliegt der Bewilligung durch den Vorstand. Er setzt die Bedingungen fest.
- 2) Das Einleiten von Abwässern jeglicher Art ist verboten. Ausnahmegesuche sind dem Meliorationsamt einzureichen.

Art. 12

- 1) Zur Festsatzung der Gebühren für Wasserentnahme aus den Kanälen und Schächten zu Bewässerungszwecken ist der Vorstand zuständig.
- 2) Wasserbezüger, die ohne Vertrag wässern, zahlen das Doppelte des vertraglichen Wasserzinses.

V. Verteilung der UnterhaltskostenArt. 13

Die Unterhaltskosten werden bestritten aus:

- a) dem Unterhaltsfonds und aus den vom Vorstand festzusetzenden Unterhaltsbeiträgen der Genossenschafter;
- b) den Pachtzinserträgen des Genossenschaftslandes;
- c) den Wassergebühren;
- d) den Kapitalzinsen;
- e) den Einnahmen aus allfälligen Einkaufssummen, Bussen und Beiträgen Dritter.

Art. 14

1) Der Unterhaltskostenverteiler ist auf dem Unterhaltsperimeterplan 1985 wie folgt aufgeführt:

- Detaildrainagen über die Fläche des Bezugsgebietes der Gemeinde nach Unterhaltsklassen;
- Rest (Kanäle, Pumpwerke etc.) über den Unterhaltsperimeter der Genossenschaft gemäss Unterhaltsklassen:
 - 1 Hektare Moos wird mit 100 % belastet
 - 1 Hektare Feld wird mit 25 % belastet
 - 1 Hektare drainiertes Feld wird mit 100 % belastet
- 2) Zur Vereinfachung ... (unverändert)
- 3) Wird ein Grundstück ... (unverändert)
- 4) Es werden folgende Unterhaltsfonds geäuñert:
 - a) Fond Pumpwerke und Kanäle (Gesamtperimeter) Fr. 250'000.--
Diesem Fonds werden die Kapital- und Pachtzinse zugewiesen sowie allfällige Beiträge nach Unterhaltsperimeterplan für die Bestreitung aller Ausgaben für Pumpwerke, Kanäle und administrative Kosten.
 - b) Fond Drainagen Ins Fr. 120'000.--
Fond Drainagen Gampelen Fr. 70'000.--
Fond Drainagen Gals Fr. 80'000.--

Dieser Fonds werden die Kapitalzinsen und alle nach Gemeinden einkassierten Beiträge gemäss Unterhaltskostenverteiler nach Auftragsplan zugewiesen und woraus sämtliche Drainageausgaben nach Gemeinden belastet werden.

- 6) Damit bei aussergewöhnlichen Ereignissen die notwendigen Unterhaltsarbeiten innert nützlicher Frist ausgeführt werden können, sollen diese Fonds nie unter die Hälfte der obli-

gen Summen absinken. Sollte dies eintreten, so ist der Vorstand verpflichtet, Mitgliederbeiträge gemäss Unterhaltsperimeterplan und -klassen zu erheben.

Zuständigkeit

Art. 15
Übersteigt der für ausserordentliche Unterhaltsarbeiten notwendige Kostenbetrag Fr. 200'000.— so ist die Hauptversammlung zuständig.

Rechnungsführung

Art. 16

1) Der Kassier der Genossenschaft legt ein Verzeichnis der beitragspflichtigen Genossenschaftler an. Dieses soll enthalten:
- Name, Vorname und Wohnort des Eigentümers;
- Grundbuchnummer, Fläche und Lokalname des beigezogenen Grundstückes;
- Anteil jedes Beitragspflichtigen
2) In der Regel ist alle Jahre Rechnung abzulegen, die mit dem Kalenderjahr abzuschliessen ist; diese bedarf der Genehmigung durch die Hauptversammlung. Ausstehende Beiträge sind vom Verfalltage an mit einem Prozent höher als die erste Hypothek zu verzinsen.

VI. Veränderung und Abtretung der gemeinsamen Anlagen

Art. 17

Bei rechtlichen und tatsächlichen Veränderungen der gemeinsamen Anlagen nach Abschluss des Unternehmens ist vorgängig die Bewilligung des Meliorationsamtes einzuholen.

Veränderung der gemeinsamen Anlagen

Ergänzungen und kleinere Erweiterungen

Art. 18

1) Ergänzungen und Erweiterungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Anlagen dürfen im Einverständnis mit dem Vorstand ausgeführt werden.
2) Die entstehenden Kosten fallen zulasten der interessierten Grundeigentümer. Auf Gesuch hin kann die Hauptversammlung Beiträge beschliessen.
3) Stehen Perimetererweiterungen zur Diskussion, sind die Weisungen des Meliorationsamtes einzuholen.

Rekonstruktionen, Neuanlagen

Art. 19

1) Sind wesentliche Rekonstruktionen oder Neuanlagen erforderlich bzw. gewünscht, ist das Meliorationsamt durch den Vorstand um amtliche Mitwirkung zu ersuchen.
2) Über die Rekonstruktion der bestehenden Anlagen beschliesst die Hauptversammlung mit einfachem Mehr. Das Meliorationsamt verfügt die notwendigen öffentlichen Auflagen.
3) Neuanlagen, die über den im Art. 2 der Statuten umschriebenen Zweck der Genossenschaft hinausgehen, sind gemäss Art. 26 Abs. 7 des Meliorationsgesetzes vom 13. November 1978 zu beschliessen.
4) Allfällig notwendige Perimeteränderungen haben nach Art. 38 des Meliorationsgesetzes zu erfolgen.

Abtretung der Anlagen

Art. 20

1) Die Abtretung der Genossenschaftsanlagen oder Teilen davon an die Gemeinde bedarf der Genehmigung der Hauptversammlung und des Meliorationsamtes.
2) Werden mit Meliorationsbeiträgen erstellte Anlagen von Gemeinden zu Eigentum und Unterhalt übernommen, so gelten die Unterhaltsbestimmungen der Gemeinde. Die Anlagen unterstehen weiterhin der Unterhaltspflicht unter der Oberaufsicht des Meliorationsamtes.

Bepflanzung

VII. Spezielle Bestimmungen

A. Offene Kulturtechnische Getrinne

Art. 21

1) Beim Bepflanzen der Boscungen mit Bäumen und Büschen ist das Hochwasserprofil vom Anlagengewärtler freizuhalten.
2) Es sind standortgerechte Sorten zu verwenden.
3) Die Anlagen des Natur- und Landschaftsschutzes sind zu berücksichtigen. Das Ausmähen der Bänder, Pflanzungen und das Hegen der Bäume und Sträucher kann vom Vorstand geeigneten Dritten übertragen werden.

Fischerei

Art. 22

1) Bei Fischgewässern sind die Unterhaltsarbeiten auf die Interessen der Fischerei abzustimmen. Insbesondere haben die halbjährlichen Reinigungs- und Reparaturarbeiten ausserhalb der Schonzeit zu erfolgen.
2) Das Abrischen der Kanäle ist mit dem kantonalen Fischereinspektorat, Fischereiaufsichtskreis VI in Twann, durchzuführen.

VIII. Weitere Bestimmungen

Wasserreglement
Staukoten

Art. 23

Für die Regelung der Wasserstände (Staukoten) und der Wartung der technischen Einrichtungen wird das Wasserbetriebs-Reglement vom 29. Mai 1985 als verbindlich erklärt.

IX. Widerhandlungen

Straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit

Art. 24

Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieses Reglementes werden durch den Vorstand gemäss den Vorschriften des Meliorationsgesetzes und das Gesetz über die Nutzung des Wassers bestraft, sofern nicht die Vorschriften des Schweizerischen Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen. Die Genossenschaftler und Dritte, die vorsätzlich oder fahrlässig an den Anlagen Schaden verursachen, sind gegenüber der Genossenschaft nach den Bestimmungen des Zivilrechtes schadenersatzpflichtig.

X. Schlussbestimmungen

Revision des Reglementes

Art. 25

Die Hauptversammlung kann mit einfachem Mehr eine Teil- oder Totalrevision beschliessen, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Landwirtschaftsdirektion.

Annahme, Inkrafttreten und Genehmigung

Art. 26

Dieses Reglement ist an der Hauptversammlung vom 25. April 1986 in Ins angenommen und am 9. März 1987 durch die Landwirtschaftsdirektion des Kantons Bern genehmigt worden.

Die Änderungen der Artikel 12 und 14 wurden an der Hauptversammlung vom 23. Februar 1994 angenommen und am 25. April 1994 durch die Volkswirtschaftsdirektion genehmigt (siehe Genehmigungsvermerke im Anhang).

Ins, 15. Juni 1994

Der Präsident: Der Sekretär:

P. Eggmann

W. Krebs

II.

UNTERHALTSREGLEMENT

Art. 12

- 1) Zur Festsetzung der Gebühren für Wasserentnahme aus den Kanälen und Schächten zu Bewässerungszwecken ist der Vorstand zuständig.
- 2) Wasserbenützer, die ohne Vertrag wässern, zahlen das Doppelte des vertraglichen Wasserzinses.

Art. 14

1) Der Unterhaltskostenverteiler ist auf dem Unterhaltssperimeterplan 1985 wie folgt aufgeführt:

- Detaildrainagen
- über die Fläche des Bezugsgebietes der Gemeinde nach Unterhaltsklassen:
- Rost (Kanäle, Pumpwerke etc)
- über den Unterhaltssperimeter der Genossenschaft Gemäss Unterhaltsklassen : 1 Hektare Moos wird mit 100 % belastet
- 1 Hektare Feld wird mit 25 % belastet
- 1 Hektare drainiertes Feld wird mit 100 % belastet.

4.1994

Absatz 5 entfällt.

Ins, 20.1.1994, Flur IGS /E

(ersetzt die Vorschläge vom 17.11.93)

FLURGENOSSENSCHAFT INS-GAMPELEN-GALS

DER PRÄSIDENT:

DER SEKRETÄR:

F. Curtner

W. GULLLOD

Quinn

Quinn

Genehmigt durch die Landwirtschaftsdirektion

Bern, den

DER LANDWIRTSCHAFTSDIREKTOR:

9. März 1987

J. Huchel